

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher  
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: 80 Pfennig 40 Wochenlang. Die Einzelnummer kostet 10 Pfennig. Bei Abnahme von 100 Exemplaren wird ein besonderer Preis vereinbart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Wochenlang, die Reklameweile 35 Wochenlang. Bei längerer Werbung wird ein besonderer Preis vereinbart. Inland: 10 Pfennig. Ausland: 15 Pfennig. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Ur. 1

Altensteig, Freitag den 2. Januar.

Jahrgang 1925

## Politische Jahreschau

II.

Das zu Ende gegangene Jahr 1924 war das zehnte nach Ausbruch des Weltkrieges. Mannigfaltig gestalteten sich die Rückblicke über dieses Dogenium der deutschen Geschichte und über die Entwicklung der großen Tragödie der Völker und den Verlauf der entscheidenden ersten Kriegsmomente. Es zeigte sich dabei, daß wir in den parteipolitischen Wirren der Zeit noch zu stark befangen sind, als daß wir die völlige Klarheit über den Kriegsverlauf und die Möglichkeiten zu dessen glücklicher Beendigung gewinnen könnten. Nur über eines besteht unweidige Offenheit, über die Kriegsschuldfrage. Die Veröffentlichung der Quellen aus den deutschen und russischen Archiven haben dargetan, daß Deutschland nicht zum Kriege getrieben hat und daß seine verantwortlichen Männer im Jahre 1914 bestrebt waren, mit allen Mitteln den Frieden zu wahren. Die Verbändemächte halten noch ihre Kriegsschuld verschlossen. Das schlechte Gewissen hemmt den Schritt zur Klarheit und Wahrheit. Dennoch hat gerade die Veröffentlichung der russischen Akten Poincare und den russischen Botschafter in Paris, Tjwolski, so klar als die eigentlichen Kriegsurheber belichtet, daß beide schon in Abwehr stehen. Und just zur Jahreswende 1924-25 hat der Franzose Augustin Haman in der „Ere Nouvelle“ einen Artikel zur Kriegsschuldfrage geschrieben, in dem es ausdrücklich heißt: „Poincare ist einer der verantwortlichen Urheber des Weltkrieges. Diese Tatsache steht heute für jeden außer Zweifel, der nicht vom Parteipolitik befallen ist. Es liegen genügend Beweise dafür vor. Das sind nach streng wissenschaftlicher Methode zusammengestellte Dokumente. Poincare bereitete den Krieg vor; er wollte den Krieg. Er war also der Mitschuldige von Tjwolski und Sazonow.“ Unverkennbar bleibt dabei das Betreiben der französischen Forscher, auch Deutschland einen Teil der Kriegsschuld aufzupacken. Vergebens. Bedauerlich bleibt nur, daß die von der Reichsregierung eingeleitete Aktion in der Kriegsschuldfrage durch politische Rücksichten auf das Ausland nicht zur Durchführung kam, weil dadurch der Dawesplan und dessen Durchführung gefährdet erschien. Dennoch wird der Tag der Wahrheit und Klarheit kommen, an dem die Schuldigen von aller Welt erkannt werden. Das ist eine Hoffnung, die in die deutsche Zukunft leuchtet.

Die innerpolitische Lage Deutschlands im Jahr 1924 wie in den letzten fünf Jahren bedingt durch den Druck der außenpolitischen Ereignisse. Auch Wirtschaft und Finanzen waren dadurch beeinflusst. Dies wird deutlich, wenn man die amtliche Mitteilung vergleicht, daß bis 31. Dezember 1923 die inneren Verwaltungskosten 1325 Millionen Goldmark betragen, die äußeren sogar 3748 Millionen. Daß dabei die Ruhrbesetzung eine Hauptrolle spielte, ergab sich aus der Gesamtlage. Erst das Londoner Abkommen vom August schuf der Gesamtwirtschaft Deutschlands eine Entlastung; denn nach diesem fallen die Belastungskosten künftig den bestehenden Mächten selbst zur Last. Dennoch hat gerade der Dawesplan der deutschen Wirtschaft Wunden geschlagen, die sich erst im Laufe des neuen Jahres zeigen werden. Wohl sind die Umsatzen in weitem Maße gekommen, aber Deutschland verpflichtet sich über den Friedensvertrag hinaus, also über das Jahr 1930 hinaus, an Frankreich gegen Bezahlung Kohlen, Rots und Hartstoffe zu liefern. Die Reichseisenbahn wurde einer Gesellschaft übertragen, Eigentümer bleibt jedoch das Reich. Die 11 Milliarden Eisenbahnschuldüberschreibungen werden mit 5 Prozent verzinst und mit 1 Prozent getilgt. Die Industrie wird mit 5 Milliarden belastet, wozu die Schwerindustrie 20 Prozent, die Maschinen- und elektrische Industrie 17 Prozent, die chemische Industrie 8 Prozent, die Textilindustrie 7 Prozent aufzubringen und zu verzinsen hat. Das Reich hat 1924-25 500 Millionen zu zahlen, zu welchem Zweck die Auslandsanleihe zustande kam; dann aber steigen die Zahlungen auf Reparationskonto und Dawesplan 1926 auf 1200, 1927 auf 1750 und ab 1928 auf 2500 Millionen Goldmark. Die wirtschaftliche Auswirkung dieser Lasten ist abzuwarten. Der Vorteil dieses Abkommens liegt für Deutschland in der Bestimmung, daß bis 15. August 1925 das Ruhrgebiet geräumt wird. Teilräumungen wurden sobald vollzogen. Da aber die vertragsgemäße Räumung der Kölner Zone zum 10. Januar 1925 nunmehr verzögert wird, so ist nur mit schweren Bedenken der weiteren Abwicklung der Verträge entgegenzusehen. Es ist am Anfang des neuen Jahres die politische Atmosphäre so vergiftet wie zuvor. Die neue Sanktionspolitik in der Räumungsfrage ist ein trüber und ernstes Ausblick für 1925.

In der französischen Presse finden sich bereits deutliche Fingerzeige, daß zum mindestens von Frankreich aus die Punkte wieder aufzugreifen, die man seit dem Austritt Hertziots begraben glaubte. In der Note der verbündeten Regierungen vom 23. September 1922 sind diese fünf Punkte zum erstenmal der deutschen Regierung zur Kenntnis gebracht worden. Sie betreffen:

1. Die Umgestaltung der Polizei.
2. Die Umstellung der Fabriken.
3. Die Auslieferung des Restes des nicht zugelassenen Materials.
4. Die Auslieferung der Schriftstücke, die sich auf die Bestände von Kriegsmaterial zur Zeit des Waffenstillstandes und auf die Tätigkeit der Fabriken während des Krieges und nach dem Waffenstillstand beziehen.
5. Die Veröffentlichung von gesetzlichen Bestimmungen über das Verbot der Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial, und über die Rekrutierung und Organisation des Heeres, besonders Maßnahmen, die sich auf die Mobilmachung beziehen.

Es würde zu weit führen, wollte man in diesem Augenblick nochmals eine umfassende Erwiderung auf die in den fünf Punkten verfaßten Anklagen geben. Die verbündeten Mächte benutzen diese Sache, um eine sich ständig erneuernde Politik der Konflikte mit Deutschland zu betreiben.

Die innerpolitischen Verhältnisse liegen gleichfalls in tiefem Dunkel. Bei den Reichswahlen gingen die Deutschnationalen als stärkste Fraktion des Reichstags mit 106 Sitzen (bisher 99) hervor. Dennoch lag man in Berlin nicht die parlamentarischen Folgerungen und etablierte die Regierung Marx-Stresemann am 6. Juni. Aber eine schleichende Regierungskrise begleitete das ganze Jahr über alle Regierungshandlungen, zumal seit am 28. August die Deutsche Volkspartei der deutschnationalen Fraktion die Einbeziehung in die Regierung zugesichert hatte. Die Reichstagsauflösung im Oktober ohne jeglichen Anlaß, weil die Parteien sich eben nicht zur Regierungsbildung nach dem parlamentarischen System zusammenfanden infolge des ersten Regierfehlers nach den Wahlen, wurde von Marx-Ebert damit begründet, klare Mehrheitsverhältnisse zu schaffen. Man hoffte auf Schwächung der stark gewordenen Deutschnationalen. Aber die Dezemberwahlen zeigten die Fortwärtung dieser Wahlpolitik. Stärkste Fraktion wurden die Sozialdemokraten auf Kosten der Kommunisten, aber auch die Rechtsopposition der Deutschnationalen ist verhärtet widergekehrt. Und nun stehen in Deutschland die innere Krise und die außenpolitische Entscheidung in der Räumungsfrage in Parallele. Dem Rücktritt des Reichskabinetts am 11. Dezember folgten vergebliche Verhandlungen des Reichskanzlers Marx über die Regierungsbildung. Der bürgerlichen Mehrheit (ohne Demokraten, die sich zum Linksbündel stellten) blieben im Reichstag 267 von 493 Stimmen zur Verfügung, dem Linksbündel nur 232 einschließlich des Zentrums obwohl dieses bisher keinerlei klare Haltung zeigte, nach welcher Seite es sich entscheiden. Die von ihm berufene Regierung der Mitte hat keinerlei praktische Mehrheit hinter sich.

Die ersten Wochen des neuen Jahres müssen Klarheit bringen, welcher Kurs in Deutschland gesteuert werden soll. Dies ist um der inneren wie um der äußeren Lage willen dringendes Gebot der Stunde. Das neue Jahr stellt der Aufgaben viele. Es bringt auch endlich die Wahl des Reichspräsidenten, der nach der Verfassung durch das Volk zu wählen ist. Eberts Amtszeit läuft zum 1. Juli 1925 ab. Der Magdeburger Prozeß, den der Reichspräsident selbst angeklagt hatte, hat nach dem Wortlaut des Gerichtsurteils nicht den Reichspräsidenten, wohl aber den früheren Parteiführer formal belastet, insofern als in der Begründung klar steht, daß juristisch Ebert beim Munitionstreit 1918 Landesverrat begangen habe. Die Vertrauensentwürfen der Reichsregierung und zahlreicher ihm nahestehender Organisationen und Behörden ändern zunächst daran nichts und haben nur den vorzeitigen Rücktritt des Reichspräsidenten in kritischen Stunden verhindert. An der nationalen Zuverlässigkeit des Reichspräsidenten bestehen keinerlei Zweifel. Als zur Revision des Magdeburger Urteils mag geraume Zeit vergehen, aber dem Ansehen des Reiches im Ausland dient es nicht, wie auch nicht dem inneren Frieden, wenn das Oberhaupt des Reiches mit parteipolitischen Belastungen aus einer gärenden Zeit behaftet ist. Darum wird 1925 die Entscheidung in der Reichspräsidentenwahl bringen müssen, die nur nach deutschen Gesichtspunkten und nicht mit Rücksicht auf das Ausland zu fällen ist.

## Stresemann zur Räumungsfrage.

Berlin, 31. Dez. Dr. Stresemann empfing die Vertreter der gesamten ausländischen Presse und gab ihnen den Standpunkt der Regierung zur Räumungsfrage bekannt.

Stresemann wies einleitend darauf hin, daß es die Pflicht der Verbündeten gewesen wäre, schon einige Zeit vor dem 10. Januar die Frage der Räumung eingehend zu prüfen, damit bis zu diesem Tag eine endgültige Klärung hätte erfolgen können. Nach den Bestimmungen des Versailleser Vertrages könne eine Verlängerung der Besetzung der Kölner Zone nur dann in Betracht gezogen werden, wenn ernstliche Verstöße Deutschlands gegen den Friedensvertrag vorgekommen wären. „Man hat man“, so erklärte Stresemann weiter, „die angeblichen Verstöße Deutschlands in der Entwaffnung zum Vorwand genommen, um eine Hinauszögerung der Räumung der Kölner Zone begründen zu können. Deutschland ist aber im großen und ganzen vollständig entwaffnet, selbst dann, wenn da und dort einzelne kleinere Verstöße gegen die Entwaffnungsbestimmungen, die bei einem Sechzigmillionenvolk doch vorkommen können, gefunden worden sind. Von französischer Seite ist gegen eine Verquickung der Räumungsfrage mit der Ausführung des Dawes-Gutachtens Einspruch erhoben worden. Dies ist nach meiner Auffassung völlig unrichtig, denn, wenn London nur eine finanzielle und wirtschaftliche Verständigung gewesen wäre, so hätte auch die Ruhr-Räumung nichts mit diesen Verhandlungen zu tun haben dürfen. Die deutsche Abordnung hat aber von vornherein geäußert, daß die Frage der Ruhr-Räumung gelöst werden müsse. Ebenso hängt auch die Räumung der Kölner Zone eng mit der Ausführung dieses Gutachtens zusammen. Geht es nicht an, daß die wenigen Rechte, die Deutschland aus dem Friedensvertrag noch übrig geblieben sind, durch eine Politik, wie sie jetzt in Paris begonnen werden soll, zu nichte gemacht werden und für Deutschlands nichts mehr übrig bleibt als Pflichten. Heute muß ich zu meinem großen Bedauern sagen, daß, wenn die Kölner Zone nicht geräumt wird, diejenigen Unrecht hatten, die für das Dawes-Gutachten stimmten und es verteidigt haben, in der Hoffnung, daß endlich die Sanktionspolitik zu Ende sei. Eine Politik, wie sie jetzt in der Frage der Räumung der Kölner Zone begonnen wird, bedeutet aber für das deutsche Volk eine unerwartete und grenzenlose Enttäuschung und schafft eine ernste politische Lage in Deutschland. Die vernünftigen Leute in Deutschland verlieren damit den Boden unter den Füßen und die Extremen gewinnen wieder Oberwasser. Wenn die uns bezüglich der Entwaffnung gemachten Vorwürfe bewiesen wären, was ja durch den Reichswehrminister durch seine Erklärung widerlegt worden ist: was ändern dann 20 oder gar 100 000 Gewehre an der Tatsache, daß Deutschland tatsächlich entwaffnet ist?

Deutschland kann ja nicht einmal die im Friedensvertrag zugesandene Heeresstärke von 100 000 Mann aufstellen, weil sich niemand mehr fand, der sich für zwölf Jahre verpflichten wollte. Deutschland mit seinen sechzig Millionen ist so entwaffnet, daß es sich nicht einmal gegen einen Einmarsch von Polen oder der Tschechoslowakei ernstlich wehren könnte. Wenn trotzdem diese angeblichen Verstöße zum Vorwand genommen werden, die Kölner Zone nicht zu räumen, dann kann man sich hier des Eindrucks nicht erwehren, daß wir uns vor dem Wiederbeginn einer Sanktionspolitik der Verbündeten gegen Deutschland befinden. Vor einer solchen Politik kann nicht eindringlich genug gewarnt werden, denn die Vergangenheit hat doch gezeigt, daß nur auf dem Wege der Verhandlungen, niemals aber durch eine Gewaltpolitik eine Einigung erzielt werden konnte. Das Material, das der deutschen Regierung über die angeblichen Verstöße bis jetzt zugegangen ist, ist außerordentlich gering. Anstatt des offenen Konflikts, dem wir durch eine solche Politik nunmehr zusehnen und der auch die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Verbandsländern auf anderen Gebieten gefährden könnte, fordern wir Verhandlungen über alle Meinungsverschiedenheiten. Belege über die Ergebnisse der 1900 Kontrollbesuche, damit wir die Vorwürfe unsererseits prüfen können. Es ist notwendig, daß die angeblichen Verstöße Deutschlands von beiden Seiten einer Prüfung unterzogen werden, damit Deutschland etwaige tatsächliche Verstöße abstellen in der Lage ist. Wir sind der Auffassung, daß die Meinungsverschiedenheiten, die sich aus den Entwaffnungsparagrafen ergeben haben sollen, viel zu gering sind, um eine Grundlage zu bilden zur Abweisung von der seit London begonnenen Politik und dafür, daß deutsches Land länger als im Friedensvertrag vorsehen, besetzt gehalten wird.“

# Der Kampf um das Saargebiet

Am 10. Januar 1925 soll gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages das Saargebiet dem französischen Zollsystem angegliedert werden. Auch hier handelt es sich um eine der vielen Ungeheuerlichkeiten des Versailler Vertrages, die sich von den andern nur dadurch unterscheiden, daß wenigstens die interessierten französischen Kreise sie als solche empfinden. Von dem Tage an, da die französische Zollmauer um das Saargebiet aufgerichtet wird, ist die hochentwickelte Saarindustrie gezwungen, mit ihren Erzeugnissen den französischen Markt aufzusuchen. Es handelt sich vor allem um die Eisenindustrie und die keramische Industrie, die im Saargebiet zu außerordentlich hoher Blüte gelangt sind. Das war in der Hauptsache nur möglich, weil das deutsche Wirtschaftsgebiet einen Markt von fast unbegrenzter Aufnahmefähigkeit bot. Die Verhältnisse liegen in Frankreich umgekehrt. Vor dem Kriege konnte die altfranzösische Eisenindustrie den Bedarf des Inlandes vollständig befriedigen. Noch mehr galt und gilt dies für die keramische Industrie. Seit der Währungs- und Zollveränderung ist der innenfranzösische Markt mit Erzeugnissen der Eisenindustrie überflutet, so daß der Absatz auf die Auslandsmärkte fast gewaltsam gesucht werden mußte, das heißt durch Unterbietung aller Preise. So erklärt es sich denn auch, daß es gerade die Vertreter der französischen Schwerindustrie sind, die sich für die Aufrechterhaltung der sogenannten eisenschmelzenden Kontingente (zollfreie Einfuhr eisenschmelzender Waren nach Deutschland) interessieren. Diese zollfreien Kontingente sollen in irgendeiner Form auch auf das Saargebiet ausgedehnt werden, da Frankreich selbst die Erzeugung der Saarindustrie nicht aufnehmen kann. Die Organisation der keramischen Industrie in Frankreich geht übrigens noch einen Schritt weiter. Sie verlangt in Denkschriften und anderen Eingaben, daß der keramischen Industrie des Saargebietes der deutsche Absatzmarkt erhalten bleiben muß. Wenn diese Industrie den französischen Markt aufsuche, sei die altfranzösische keramische Industrie in ihren Grundfesten bedroht; weil die keramische Industrie des Saargebietes technisch so vorzüglich ausgerüstet sei, daß sie den französischen Wettbewerb glatt schlagen werde.

Tatsächlich liegen die Dinge so: gelingt es nicht, dem Saargebiet den deutschen Markt weiter zu sichern, dann ist der Zusammenbruch der Saarwirtschaft unvermeidlich. Wahrscheinlich ist dies die eigentliche Absicht der Franzosen, nur so in den Besitz des Saargebietes zu gelangen. Da sich der deutsche Wille und der deutsche Sinn des Saargebietes nicht brechen lassen, soll wenigstens versucht werden, die Saarwirtschaft zu zerschlagen, um so große Teile der Saarbevölkerung zur Abwanderung zu zwingen. Nun werden sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gerade in diesem Fall als härter erweisen, denn auch nach der Entscheidung über die staatliche Zugehörigkeit des Saargebietes im Jahre 1935 wird die verkehrsgeographische Lage des Saargebietes unverändert bleiben. Diese bedingt einen möglichst nahen Absatzmarkt, der aber nur Deutschland sein kann, weil das weniger dicht besiedelte und weniger durchindustrialisierte Frankreich die Erzeugnisse der Saarwirtschaft nicht aufnehmen vermag. Der Weg auf die Auslandsmärkte muß in allen Fällen auf langen Anmarschwegen über die Ausfahrthäfen gehen, was an sich die Erzeugnisse bei dem scharfen Wettbewerb unverhältnismäßig verteuern muß. Es gibt nur eine zweckmäßige Lösung, die vor allem die Interessen der Saarbevölkerung wahrt, nämlich die, den zollpolitischen Zustand bis zum 10. Januar 1935, dem Abstimmungstage, unverändert zu lassen. Die Saarbevölkerung selbst verlangt diese Lösung, zumal sie unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechts gar nicht darüber befragt worden ist, ob sie der Eingliederung der Saarwirtschaft in das französische Zollsystem zustimmt oder nicht.

# Neues vom Tage.

Italienischer Ministerrat

Rom, 31. Dez. Der Ministerrat trat unter dem Vorsitz Mussolinis zu einer dringenden Beratung zusammen, an der alle Kabinettsmitglieder teilnahmen. Nach dreistündiger Beratung wurde folgender Bericht ausgegeben: Der Ministerrat war einstimmig in der Beurteilung der von uns verantwortlichen Elementen geschaffenen Lage, sowie deren Auswirkung besonders auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet. Der Ministerrat war ferner einstimmig in dem Entschluß, alle notwendigen Maßnahmen zur Wahrung der moralischen und materiellen Interessen des Landes zur Anwendung zu bringen.

Gegen den Balkan-Bolschewismus

Belgrad, 31. Dez. Einige gut unterrichtete Blätter behaupten, daß gemäß einer Vereinbarung zwischen Paris und Jankoff Bulgarien sich verpflichtet, die mazedonische Organisation in Bulgarien aufzulösen und im Falle eines bolschewistischen Angriffes 100 000 Mann kampffähige Truppen zur Verfügung zu stellen. Dagegen wird Bulgarien die Genehmigung erteilt, das alte Militärstrafrecht-System wieder einzuführen. Der Zugang Bulgariens zum Adriatischen Meer im Rahmen des Friedensvertrags von Neuilly soll beschleunigt und ihm eine Anleihe von 25 Millionen Dollar zugestanden werden.

Amerika und der französische Schuldner

London, 31. Dez. Die „Morning Post“ meldet aus Washington, in höchsten amerikanischen Regierungskreisen sei zu verstehen gegeben worden, daß die Zeit gekommen sei, wo die amerikanische Regierung eine deutliche Erklärung über ihre Absichten wegen der Forderung der französischen Schulden an die Vereinigten Staaten erteilen muß.

„Daily Express“ berichtet aus Washington, die Erklärung des dortigen französischen Botschafters, daß Frankreich nicht beabsichtige, seine amerikanischen Schulden nicht anzuerkennen, habe die Stellung, die sich zwischen Washington und Paris entwickelte, nicht gemildert.

Senator Shipstead sagte, wie die Blätter weiter berichten, in einer Rede im Senat, Frankreich leiste seinen europäischen Alliierten Geld für Kriegszwecke. Es habe der Kleinen Entente 200 Millionen Pfund geliehen, die fast ausschließlich für Rüstungen verwendet worden seien.

# Aus Stadt und Land.

Altensteig, 2. Januar 1925.

Der Jahreswechsel hat sich hier verhältnismäßig ruhig vollzogen. Es ist erfreulich, daß der Schließ- und sonstige Anzug beim Uebergang ins neue Jahr ständig zurückgeht und daß Besonnenheit mehr und mehr die Oberhand bekommt.

Freue Dienste. Das silberne Dienstbotenehrenzeichen für 25jährige Dienstzeit ist an Fräulein Marie Helber, bei Hrn. Johannes Helber, Kaufmann in Ebhausen, verliehen worden.

Für langjährige treue Dienste wurden auf Weihnachten d. J. mit dem Dienstbotenehrenzeichen, nebst Ehrenurkunde im Oberamtsbezirk Freudenstadt ausgezeichnet: Pauline Haizmann bei R. Schneider, Metzgermeister, hier; Frieda Betsch bei P. Luz, hier; Christine Hornberger bei J. Kübler, Bauer in Durrweiler; Christine Stoll bei W. Stoll, Bauer in Durrweiler; Friedrike Kirschmann bei A. Kirschmann, Bauer in Durrweiler; Marie Wagemann bei Georg Pfeifle, Gutsbesitzer in Bellenfeld; Emma Lumpp bei Fritz Eberhardt, Bauer in Jägersberg; Maria Stelzer bei C. Groß, Kaufmann in Pfalzgrafenweiler.

# Wessen Bild trägst Du im Herzen?

Von Erich Ebenstein.

(Schluß.) (Nachdruck verboten.)

„Maus' wohl! Glück erträgt sich leicht. Immerhin, er sitzt fest. So fest, wie hoffentlich das Glück auf Malljins sitzen wird!“

Ein Türspalt wurde geöffnet.

„Das' man?“

„Aber natürlich, Tante Dina! Du bist doch immer willkommen!“

Lore ging der alten Dame mit strahlendem Blick entgegen und umarmte sie herzlich.

„Laß mich Dir nun, ehe ich von hier scheide, noch einmal danken für all Deine Liebe und Güte!“ sagte sie innig. „Vergessen kann ich es Dir und Papa Rosenknecht ja nie.“

„Wah' Du wohl gleich still sein“, unterbrach sie das alte Fräulein hastig, während ihr, die schon den ganzen Morgen mit Rührung lächelte, nun doch die heißen Tränen über die Backen kullerten. „Du hast ja alles längst vergessen mit dem, was Du für Felix tatst! Und hast Du ihn nicht lieb? Und willst Du nicht seine Frau werden, trotzdem er ein Bein verloren hat? Und machst Du ihn nicht übermenschlich glücklich?“

„Oh, ja, natürlich, daß es mir immer gelingen wird!“

„Er ist es doch schon! Ach, Lore, wenn Du ihn vorhin hättest hören dürfen, als er bei mir war, um Abschied von seiner Braut zu nehmen, und sie dabei einen Blick in sein Herz tat. Nichts als Liebe und Seligkeit ist darin. Und — Du! Nur das wußt er nie, daß er dich liebt. Du einen, die Du ihm so sehr liebst, wie er sagt. Ach, und — ach, wie unbeholfen er ist und wie liebend er noch aussieht — er, dieser herrliche

Krautensch von früher, den ich immer heimlich „Heiß Siegfried“ nannte.“

„Laß ihn das um Gottes Willen nie merken, Tante Dina“, sagte Lore sehr ernst. „Es hat mich Rühr' genug gekostet, ihm solche Gedanken auszugeben. Erst wollte er mich ja gar nicht heiraten deshalb! Aber dann — ein sonniges Gesicht: glitz' über ihr Antlitz. „als er merkte, daß ich ohne ihn nicht leben kann, willigte er doch ein! Und wir dürfen auch nicht undankbar sein. Ich wenigstens möchte Gott täglich auf den Knien danken, daß er mit ihm nur überhaupt am Leben ließ! Wenn ihm auch beide Beine fehlten und die Hände dazu — ich würde ihn trotzdem ebenso rasend lieben!“

Unten fuhr ein Wagen an und hielt vor dem Schloß. Lore horchte auf.

„Wer kann denn da kommen. Wir haben doch keine Gäste geladen?“

Baronin Dina trocknete hastig ihre Tränen, während ein verschmitztes Lächeln über ihr Gesicht huschte. „Gott weiß! Vielleicht der Inspektor, der heimkommt. Aber nun komm, mein Herz, es wird gleich elf schlagen und der Junge vergeßt schon vor Ungeduld!“

Von den beiden alten Damen begleitet, schritt die Braut durch die Gemächer. Draußen lachte der Frühling über den Fluren. Alles blühte und duftete, ganz Zugedungen schien innen und außen in einem Meer von Blumen zu verfliegen. Mit verträumtem Lächeln glitten die Augen der schönen Braut darüber hin.

„Ja, nun war das Glück doch noch zu ihr gekommen. Dann legte es sich wie goldene Schleier vor ihren Blick. Zwei Arme hatten sie umfangen und eine geliebte Stimme flüsterte ihr Liebesworte ins Ohr. Sie kam erst wieder in die Wirklichkeit zurück, als Papa Rosenknecht mahnte: „Es ist Zeit, Kinder.“

Gelächelt sagte sie eine Hand warm in die ihre.

„Meinen liebsten Glückwunsch, liebe Lore!“

Es war Prinzessin Magelone, die am Arm ihres Gemahls leise eingetreten war.

„Hohheit!“ ronnelte Lore tief bewegt. „Sie — hier!“

— Die gesetzliche Miete. Auf Grund der 3. Steuer- und Verordnungsung ist für Württemberg die gesetzliche Miete mit Wirkung vom 1. Januar 1925 ab wie folgt festgesetzt worden: 1. An gesetzliche Miete für Wohnräume sind an den Vermieter als Miete aus dem in dem Hause angelegten Eigenkapital, als Entgelt für die Verwaltungstätigkeit sowie als Ersatz für laufende und große Instandsetzungsarbeiten 45 v. H. der Friedensmiete in Goldmark zu zahlen, 2. Statt der Umlage der Betriebskosten (mit Ausnahme der Verwaltungskosten) kann der Vermieter 25 v. H. der Friedensmiete in Goldmark ohne Einzelnachweis vom Mieter verlangen. Stellt sich dieser Pauschal nach den durchschnittlichen Verhältnissen einer Gemeinde als zu nieder heraus, so kann er durch Beschluß des Gemeinderats bis auf 30 v. H. erhöht werden. Für Geschäftsräume beträgt die gesetzliche Miete einschließlich der Betriebskosten 100 v. H. der Friedensmiete in Goldmark; daneben ist die Erhebung eines Zuschlages nicht mehr zulässig. Die Bestimmung in Satz 1 gilt auch für Teile einer Wohnung, die zu geschäftlichen Zwecken (von Handwerkern, Kaufleuten, Angehörigen freier Berufe, Vereinen, Behörden und dergleichen) mit einer das gewöhnliche Maß erheblich übersteigenden Abnutzung in Anspruch genommen werden, bezüglich der auf diese Wohnungsteile entfallenden Friedensmiete. Für Wohnungen mit einer Friedensmiete von 1700 und mehr Mark in Stuttgart, 1200 und mehr Mark in Ulm, Heilbronn, Esslingen, Reutlingen und Ludwigsburg, 1000 und mehr Mark in den übrigen mittleren Städten, 800 und mehr Mark in den Gemeinden 1. Klasse im Sinne der Gemeindeordnung, 600 und mehr Mark in den Gemeinden 2. und 3. Klasse beträgt die gesetzliche Miete einschließlich der Betriebskosten ebenfalls 100 v. H. der Friedensmiete in Goldmark. Wenn die Einkommensverhältnisse des Mieters es rechtfertigen, kann er verlangen, daß dieser Satz vom Vermieter bis auf den allgemeinen Satz ermäßigt wird. Im Streitfall entscheidet das Miet-einstimmig.

— Einkommensteuer und Gewerbesteuer. Bekanntlich wurden die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer vom 1. Dezember ab um ein Viertel ermäßigt. Diese Ermäßigung kommt bei der Vorauszahlung auf 10. Januar (spätestens 17.) erstmals zur Anwendung und zwar bei Monatszahlern wie bei Vierteljahreszahlern, jedoch mit dem Unterschied, daß die Ermäßigung bei ersterem ein volles Viertel, bei letzterem nur ein Zwölftel beträgt. Die Ermäßigung im letzteren Fall um nur ein Zwölftel rührt daher, weil in dem zur Zahlung verfallenen letzten Vierteljahr 1924 die Monate Oktober und November entfallen sind, für die eine Ermäßigung nicht in Betracht kommt. Bei der Gewerbesteuer, bei der allgemein erwartet wurde, daß auch sie in gleichem Maße wie die Einkommensteuer herabgesetzt werde, konnte sich der Landtag wegen der gegenwärtigen Finanzlage des Staats nicht entschließen, für den Rest des Rechnungsjahres 1. April 1924/25 eine Ermäßigung eintreten zu lassen. Es wurde beschlossen, daß die in den ersten 8 Tagen der Monate Januar bis März 1925 fälligen Vorauszahlungen je in derselben Höhe zu leisten sind, wie durchschnittlich der Monats Oktober bis Dezember 1924. Wenn z. B. die Gewerbesteuer im Okt. 30, im Nov. 30 und im Dez. 40 Mark betrug, so ist für Januar bis März 1925 je der Durchschnitt von 90 = 30 Mark zu entrichten. Die Höhe der Betriebsentnahmen bleibt in diesen Monaten für die Vorauszahlungsberednung außer Betracht.

— Aufwertung von Brandschadigungen der württ. Gebäudebrandversicherungsanstalt. Ein Anspruch auf Aufwertung der Brandschadigungen der württ. Gebäudebrandversicherungsanstalt besteht zwar nicht, das Ministerium des Innern hat aber die Anstalt nach dem günstigen Schadensverlauf des Jahres 1924 ihrem Antrag entsprechend ermäßigt, bei Brandfällen, die vor dem 1. Januar 1924 eingetreten sind, soweit die Beschädigten im Jahr 1924 oder später ganz oder zu einem erheblichen Teil wieder aufgebaut haben oder vom Wiederaufbau befreit worden sind, in der gesetz-

„Ja, wir wollen nämlich auch dabei sein an Ihrem Ehrentag“, sagte Prinz Egon fröhlich. „Gebeten hat man uns zwar nicht, aber wir laden uns eben selbst ein! Und nun vorwärts, Herrschaften, der Pärzer wartet nicht. Rein, lieber Bräde!“ — wehrte er, als ihm der Bräutigam den Brautritt lassen wollte, lachend ab, „heute sind Sie und Ihre Braut die Hauptpersonen! Wir folgen Ihnen.“

In der Kapelle, deren kostbare alte Gemälde fast erloschen in dem Blumenstau, der überall angebracht war, flutete goldener Sonnenschein. Während der Trauende versank Bräde's Blick in dem der Braut.

Dachte sie noch an jene andere Trauung vor zwei Jahren. Da sein Blick sie instinktiv gesucht, als von der Wundermacht treuer Liebe gesprochen wurde wie heute?

Ja, denn sie nickte ihm leise mit den Augen zu.

Hinter ihnen suchten und fanden sich noch zwei andere Augenpaare in ähnlichen Erinnerungen. Magelone's Blick versank in dem ihres Gatten.

Ernst und gemessen wie unter dem Zwange einer letzten Form war damals das Ja von seinen Lippen gefallen.

Aber heute — die Prinzessin lächelte leise vor sich hin — heute würde er es wohl ganz anders sprechen! Laut, gleich einem Jubelschrei, wie Bräde.

Lore kannte Malljins noch nicht. Die Prinzessin hatte es mit Hilfe der Geschoßter Rosenknecht unter ihrer Aufsicht einrichten lassen und gewünscht, daß Lore es erst als junge Frau betrete.

„Weißt Du, Felix, was mich ein wenig bedrücken wird in Malljins? Der Gedanke an Fräulein von Dirl! Sie hat Dich geliebt, ich weiß es, und die Vorstellung, Dich nun in ihrem einsamen Elternhause als Gatten einer anderen zu wissen, muß ihr schrecklich sein!“

„Darüber brauchst Du Dir keine Sorge zu machen, mein Herz! Du kennst die Dirl nicht, wenn Du ihre sentimentalen Gedanken zutraust. Sie flattert über das Leben wie ein Schmetterling, und nichts geht bei ihr in die Tiefe.“

„Aber sie hat Dich doch geliebt!“



lichen Versicherung bis auf weiteres auf Antrag einen Zuschlag in Reichsmark bis zu 30 v. H. aus der nach Friedenspreisen vom 1. August 1914 berechneten Grundversicherung zu gewähren. Weiter zu gehen, war nicht möglich, da die Rücklagen der Gebäudebrandversicherungsanstalt der Gebührentung zu 100 Prozent gefüllt sind, so daß für eine Aufwertung nur der Ueberschuß des Jahres 1924 zur Verfügung steht. In dringenden Fällen ist die Gebäudebrandversicherungsanstalt übrigens wie bisher bereit, den Beschädigten durch die Gewährung von Darlehen unter günstigen Bedingungen zu helfen.

— Besuch der württ. landw. Winterschulen 1924/25. Ueber den Besuch der landw. Winterschulen im laufenden Winterhalbjahr liegen folgende Angaben vor: Illm 142, Künzelsau 115, Dehringen 101, Reutlingen 98, Fellbrunn 95, Ludwigsburg 89, Herrenberg 86, Waiblingen 83, Ravensburg 80, Eberach 76, Hall 74, Mergentheim 71, Pfullingen 71, Wiesen 71, Göttingen 65, Blaubeuren 61, Badnang 57, Waiblingen 55, Gmünd 53, Waiblingen-Enz 52, Nördlingen 51, Leonberg 50, Gaildorf 48, Rotweil 48, Crailsheim 47, Horb 46, Kirchheim 45, Waldsee 44, Ehingen 42, Waiblingen 40, Heilbronn 36, Waiblingen a. F. 30, Waiblingen 22, zusammen 2149 Schüler gegen 1768 im Vorjahr.

Köt. 1. Jan. (Unfällefall.) Montag vormittag verunglückte auf dem Sägewerk von Bernhard Wurster der Buchhalter Jakob Frey beim Ausmeßeln von Langholz, indem zwei Stämme unbeachtet ins Rollen kamen und ihm beide Füße einklemmten und schwer verletzten. Da Frey allein war, wurde seine gefährliche Lage nicht gleich beobachtet, bis Nachbarn um Hilfe riefen.

Göttingen, O. A. Bräckenheim, 31. Dez. (Eine Weihnachtsfreude.) Der seit zwei Jahren für tot erklärte Rudolf Kreiser fandte seinen Angehörigen zu Weihnachten ein Lebenszeichen. Er hatte in Russland bei den Infanterie-Regimentern 111 und 249 gekämpft und war 1915 in Gefangenschaft geraten. Seine Angehörigen wußten nur, daß er 1918 nach Sibirien gekommen war. Nun schrieb er, er wolle in die Heimat zurückkehren und man möge ihm die erforderlichen Papiere besorgen.

Tübingen, 1. Jan. (Abtreibungen.) Das Schöffengericht hat neun Personen aus Dettingen, Rehringen und Göttingen wegen Verbrechen gegen das keimende Leben zu Gefängnisstrafen von 1 Monat bis 15 Tagen bis zu 1 Jahr 6 Monaten verurteilt.

Rotweil, 1. Jan. (Vorfahrt mit Benzin.) Ein Mädchen des Kaufm. Stern wollte ein verschlossenes Benzinfäßchen in das dunkle Nebenzimmer bringen. Beim Anzünden eines Streichholzes explodierte das Benzin. Die in der Nähe befindlichen leicht brennbaren Gegenstände zündeten Feuer und das Mädchen erlitt an den Händen starke Brandwunden. Das Feuer konnte von den Bewohnern gelöscht werden.

Nördlingen, 1. Jan. (Großfeuer.) Durch Feuer wurden die beiden fast 600 Jahre alten Häuser in der Mangasse, die eine Sehenswürdigkeit Nördlingens waren, zerstört. Infolge der altertümlichen Bauart der Häuser waren die Rettungsarbeiten der Feuerwehr sehr erschwert. Die Bewohner konnten mit knapper Not das Leben retten. Eine Familie mußte sich an einer Wascheleine auf einen Vorbau herunterlassen; eine Frau, die aus 6-7 Meter Höhe herabsprang, wurde verletzt und mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Zur Auswertung. Das Preuß. Kammergericht hat am 24. November 1924 eine denkwürdige Entscheidung dahin getroffen, daß die Umrechnung in den Fällen, in denen eine höhere Umwertung als 15 Prozent in Frage kommt (Kaufgeldforderungen, Hypotheken aus Unterhaltspflicht oder Erbauseinandersetzung), nicht nach dem Dollarkurs vorzunehmen ist, sondern unter Berücksichtigung der wahren (inneren) Kaufkraft der Mark zur Zeit der Eingabe des Kapitalbetrags zu erfolgen hat.

Der politische Landtagsabgeordnete Pöhner wird laut Blättermeldungen am 1. Januar seine Festungshaft in Landsberg antreten.

„Wie eine Birke lieben kann! Als sie merkte, wenn mein Herz gebrachte, konnte sie sich in Bosheiten und Spott über uns beide nicht genug tun, wie ich aus sicherer Quelle weiß. Uebrigens wurde sie durch den Tod ihres Großvaters eine reiche Erbin, die ihre Hofdamenstelle sofort aufgab und nun viel höhere Aspirationen hat. Wie mit ein Kamerad gehen erzählt, bewirbt sich gegenwärtig ein österreichischer Prinz um sie, der demnächst erhebt werden wird.“

„Ist das wahr?“  
„Es wurde mir wenigstens berichtet und auch, daß der Bewerber in der Wirklichen Familie mit offenen Armen aufgenommen wurde. Uebrigens spricht wirklich nichts dafür, daß wir uns um das Schicksal der Birke weiter bekümmern! Wert ist Null. Das ganze Schicksal mit den zwei Hundsternen.“

Lore blühte zwischen den Blumen durch nach dem schloßartigen Bau, der aus blauen Abendhimmeln aufleuchtete. Vor der Terrasse, zu der zwei Freitreppen führten, bereitete sich ein Blumenparterre aus. Eine schurgenartige Bindendalle führte dahin. Ringsum, soweit das Auge reichte, dehnte sich ein wohlgepflegter Park mit prächtigen Baumgruppen, Rasenflächen und Alleen. Alle Fenster des Schlosses waren bereits erleuchtet. Am Fuße der Freitreppe unter einer Leuchtpyramide aus Kristall stand ein Häuflein Menschen und wartete erwartungsvoll die Allee hin. Hier hatte sich die Dämmerung verjüngt, um die neue Herrschaft zu begrüßen. Lore lehnte sich zärtlich an ihren Gatten, der ihre Hand in der seinen hielt.

„Unser Heim! Wie ist das Kling, Feil!“

„Sage: Unsere Hügel der Seligen, denn das wird uns, so weit wir wollen, bleiben! Man drücken das Leben weiter und und und — hier ist nur wir! Du und ich!“

„Und der Frieden! Und das Glück!“

„Das wolle Gott, Amen!“ sagte Lore leise und sah die geliebte Hand an seine Lippen.

## Handel und Verkehr

Verkehrsanlagen des deutschen Zollvereins nach dem Aufstande hin. Die Handelskammer Stuttgart schreibt: Die mit dem 1. Januar 1925 beginnende Zollvereinigung über die Dauer des 21. Dezember 1924 hinaus nur in beschränktem Umfange erfüllt. Während die Bestimmungen der 19. H., die die Zollvereinigung von Handelsrechnungen zum Zweck und Zollvereinsverkehr regeln, außerordentlich eingehend, fällt der Zollvereinsverkehr bei der Berechnung von Zollsummen nach dem Ausland hin für die Zukunft weg. Es hat also demnach bei der Berechnung von Zollsummen nach dem Ausland wieder im Wesentlichen die Berechnungsweise der unabhängigen Zollsummen nach dem Ausland eine Kapitalrückstellungen der Handelskammer vorzuziehen. Ebenso wie die Zollvereinsrechnung der Handelskammer über die Berechnung des Handelsverkehrs zum Zollverein im Ausland ist also sehr von Vorteil des neuen Kalenderjahres ab auch die Berechnung von Zollsummen nach dem Ausland hin behördlich keiner Kontrolle mehr unterworfen.

Die Börsen verkehrten am letzten Tag des Jahres 1924 in fester Haltung für Industriewerte. Die Anleihen waren elastischer.

Genau. Rottenburg: Die Holzpreise sind wieder ansehnlich und laufen lebhaft an. Braunkohle ist für prima Braunkohle bis 270 A der Tonne, schwache wurde bis 260 A geboten, Braunkohle wird nach alter Gatt.

Staubpreise. In Kalen kostete Weizen 125, Roggen 12, Gerste 12, Haber 75 A; in Waiblingen Haber 85-9 A; in Reutlingen Weizen 14, Gerste 11-12, Haber 8-10 A pro Zentner.

Schweinepreise. In Kalen kostete ein Paar Milchschweine 22 bis 30 A; in Waiblingen 25-30 A; in Reutlingen 20-25 A; in Crailsheim 45-60, Kühe 60-120, in Nördlingen 50 bis 60 bzw. 120-150 A je das Paar. Winterfleisch 211-240 A d. St.

Landwirtschaft. Das württembergische Ministerium des Innern hat vorläufige Beschlüsse über die Abhaltung von Wandermärkten für die nicht gefährdeten Bezirke anzuordnen. In Stuttgart werden deshalb die württembergischen Wandermärkte wieder regelmäßig am Montag vormittag im Stadt, Schloßhof in Waiblingen, und zwar erstmals am 4. Januar abgehalten.

### Amtliches vom Amtsgericht Freudenstadt.

1. Beim Amtsgericht Freudenstadt finden im Jahre 1925 statt die Strafgerichtssitzungen, Sitzungen des Amtsgerichts, des Schöffengerichts und des Jugendgerichts am Dienstag; die Zivilsitzungen des Obergerichtsrats (Amtsgerichtsrat Reutlinger) am Montag nachmittag; des 2. Amtsrichters (Amtsrichter Schnapper) am Donnerstag vormittag; des 3. Amtsrichters (Amtsrichter Rath) am Montag vormittag; des 4. Amtsrichters (Assessor Dr. Kölle) am Donnerstag nachmittag; die Sitzungen des Miteinigungsamts und des Nachteiligungsamts am Montag nachmittag.

2. Das Kassenamt ist täglich während der Kassenstunden, vormittags 8 bis 12 Uhr, nachmittags 2 bis 6 Uhr; Samstag vormittags 8 bis 2 Uhr zugänglich.

3. Für Einholung von Auskünften und Stellung von Anträgen bei einem Richter oder der Gerichtsschreiberei ist nur der Samstag (vorm. 8 Uhr bis nachm. 2 Uhr) bestimmt. Wirklich dringende Angelegenheiten können auch während der Woche angebracht werden.

## Letzte Nachrichten.

### Die Frage der Regierungsbildung.

Berlin, 2. Jan. Die Frage der Regierungsbildung wird, wie die „Zeit“ schreibt, von heute ab wieder aktiv aufgenommen werden. Man hoffe, sie bald zu einem Erfolg führen zu können. Eine Betrauung des bisherigen Reichsfinanzministers Dr. Marx mit der Regierungsbildung sei noch nicht erfolgt. Es bleibe abzuwarten, ob der Reichspräsident vielleicht verusche, noch die Vertreter der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen über die Lage in dem Sinne zu befragen, ob sie eine Möglichkeit sähen, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Wenn die Parteien bei ihren bisherigen Beschlüssen beharrten, sei eine solche Bildung allerdings nicht möglich, da das Zentrum und die Deutsche Volkspartei ihre Ansichten jedenfalls nicht ändern würden. In diesem Fall sei damit zu rechnen, daß der Reichspräsident ein überparteilich-bürgerliches Kabinett ohne Anlehnung an die Fraktionen bilde.

### Der badische Staatspräsident zur Lage.

W. Karlsruhe, 2. Jan. Gestern fand im Staatsministerialgebäude der übliche Neujahrsempfang durch den badischen Staatspräsidenten Dr. Hellpach statt. Dieser bezeichnete es als tröstliches Zeichen, daß sich gegen den Magdeburger Urteilspruch alles auslebe, und betonte die Reichstreue Baden, die auch durch keine Abmilderung erschaffen könne, daß abweichende Anschauungen freimütig und nachdrücklich vertreten würden. Baden bleibe unwandelbar ein treu dienendes Glied im großen Organismus des deutschen Volkes, unsofern als es jetzt wieder rheinische Grenzmark geworden sei. Als solche habe Baden die Politik der Sanktionen miterbunden und seine Bevölkerung habe die Opfer stark und würdevoll getragen. Das deutsche Volk habe mit dem Leben noch nicht abgeschlossen und es erwarte noch Entscheidendes von ihm. Dies werde uns freilich nur zufallen, wenn wir es uns erarbeiteten. Und weil wir dazu entschlossen seien, blühten wir vorwärts, nicht zurück.

### Sachsen und der Reichspräsident.

W. Dresden, 1. Jan. Ministerpräsident Heide richtete namens der sächsischen Regierung gestern an den Reichspräsidenten folgendes Schreiben:

Sehr verehrter Herr Reichspräsident! Wie Ihnen der sächsische Gesandte in Berlin bereits mündlich übermitteln durfte, steht die Regierung des Freistaates Sachsen in diesen Tagen fest zu Ihnen in der Ueberzeugung, daß jede Ihrer Handlungen während der Dauer des Weltkrieges und in der folgenden schweren Leidenszeit unseres Volkes getragen gewesen ist von der Liebe zum deutschen Vaterland. Dies vor aller Weltöffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen ist der Zweck dieses Schreibens.

### Die Note an Deutschland.

Paris, 1. Jan. Die Botschafterkonferenz, die gestern nachmittag 3 Uhr zusammentreten sollte, um die an Deutschland in der Frage der Aufrechterhaltung der Besetzung der Kölner Zone zu richtende Note vorzubereiten, hat um 11 Uhr ihrer Sitzung verschoben und um 5.30 Uhr begonnen.

Paris, 1. Jan. Nach Beendigung der Sitzung der Botschafterkonferenz ist folgendes Kommissar ausgegeben worden: „Die Botschafterkonferenz hat um 4.30 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sit-

zung abgehalten. Sie hat den alliierten Regierungen den Text der Note, den sie nach ihren Instruktionen zwecks Mitteilung an die deutsche Regierung betreffs der Kölner Zone vorbereitet hat, übermittelt. Die Uebermittlung an die deutsche Regierung wird durch Vermittlung der alliierten Botschafter in Berlin erfolgen. Die Note wird erst veröffentlicht werden, nachdem die Demarche stattgefunden hat.“

Paris, 1. Jan. Havas teilt mit, daß die Botschafterkonferenz sich ohne Schwierigkeiten über den Text der Note geeinigt habe, die Anfang nächster Woche der deutschen Regierung übermittelt wird. Da es sich um eine Entscheidung der alliierten Regierungen handele, würden diese die Kollektionsnote der deutschen Regierung zustellen. Die Mitteilung sei sehr kurz und erkläre mit unumwieglicher Klarheit, daß die Räumung der Kölner Zone am 10. Januar nicht erfolgen könne, weil Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag namentlich hinsichtlich der Entwaffnung offenkundig nicht ausgeführt habe.

### Ein englisch-belgisches Abkommen?

Brüssel, 1. Jan. „Etoile Belge“ glaubt zu wissen, daß die englische Regierung gegenwärtig eine Prüfung der Frage der Sicherheit Belgiens vornehmen lasse. Das Foreign Office studiere die verschiedenen Seiten des Problems. Das Blatt bemerkt, man dürfe aus der Entscheidung des Foreign Office nicht die Schlussfolgerung ziehen, daß in Ergänzung der französisch-belgischen Entente, der Abschluß eines englisch-belgischen Abkommens unmittelbar bevorstehe. Die englische Regierung werde ein solches Abkommen nur dann abschließen, wenn die Dominions ebenfalls dafür seien.

### Ein Einspruch der Kölner Gewerkschaften gegen die Verlängerung der Besetzung.

W. Köln, 1. Jan. Die Gewerkschaften aller Richtungen haben am Mittwoch gegen die beabsichtigte Verlängerung der Besetzung der Kölner Zone folgende Entschliebung angenommen:

Der Gewerkschaftsausschuss für das besetzte Gebiet als Vertreter der arbeitenden Bevölkerung erhebt Einspruch gegen die beabsichtigte Verlängerung der Besetzung, der auf Grund des Versailler Vertrags am 10. Januar 1925 zu räumenden ersten Zone (Kölner Zone). Der Gewerkschaftsausschuss hat sich stets für die Erfüllung dieses Vertrages eingesetzt und sich gegen alle völlerrechtlich bestehenden Behauptungen gewandt. Mit Genugtuung konnte in den letzten Monaten eine merkliche Entspannung der Lage im besetzten Gebiet wahrgenommen werden. Alle Hoffnungen auf eine weitere Entspannung werden vernichtet, wenn die Räumung der ersten Zone zum vertragsmäßigen Zeitpunkt nicht erfolgt. Die Gewerkschaften empfinden dies als schweren Schlag für alle Verständigungsbestrebungen und sind entsetzt, daß Kleinliche Vorwände benutzt werden, das große Werk der Verständigung zu erschweren. Sie bezeichnen die Verlängerung der Besetzung als neue Sanktion, die nur geeignet ist, der Bevölkerung des besetzten Gebietes den Glauben an die Heiligkeit internationaler Verträge zu rauben. Jegliche weitere Verlängerung der Besetzung verhindert die Gesundung der Weltwirtschaft, vermehrt die Not und die Leiden der Bevölkerung und stellt die Erfüllung der Verträge, insbesondere des Londoner Abkommens in Frage. Der Gewerkschaftsausschuss spricht die Erwartung aus, daß die beteiligten Regierungen sofort in Verhandlungen eintreten, um die bestehenden Differenzen zu beseitigen.

### Frankreich die reichste Nation der Welt, seine Kriegsschulden und seine Rüstungen.

W. London, 2. Jan. „Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel, Frankreich sei die reichste Nation des Kontinents. Während es sich davon drücke, auch nur einen Pfennig seiner Schulden an Großbritannien zu bezahlen, habe es Geld für vermehrte Rüstungen einschließlich Unterseeboote, Flugzeuge und Flugplätze ausgeschüttet, deren deutliche wenn nicht einzige Zielscheibe Großbritannien sei.

### Die deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 1. Jan. Die deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen werden am 3. Januar wieder aufgenommen. Die deutsche Delegation reiste deshalb heute abend von Berlin nach Rom ab.

### Generalmajor Märker †.

Berlin, 1. Jan. Gestern ist im Alter von 60 Jahren der aus dem Kapp-Putsch bekannte frühere Kommandeur des Wehrkreiskommandos 4, Generalmajor Märker, gestorben.

### Verhaftungen.

Berlin, 1. Jan. Wie die Blätter melden, sind in der Untersuchung gegen den Barmattkonzern bisher 15 Personen verhaftet worden wegen gemeinschaftlichen Betrugs an der Seehandlung und wegen Verdunkelungsgefahr. Die nicht verhafteten Leiter des Barmattkonzerns sollen beabsichtigen, den Antrag auf Geschäftsaufsicht zu stellen.

### Zahlungsseinstellungen.

Frankfurt a. M., 1. Jan. Der „Frf. Ztg.“ zufolge haben drei angesehenen Firmen der Frankfurter Textilbranche am Jahresabschluss ihre Zahlungen eingestellt, nämlich die Manufakturwarenhandlung Julius Ullmann, die Samt- und Seidengroßhandlung Harms u. Co. und die Frankfurter Bekleidungsindustrie Franz Jäger. Die beiden erstgenannten Firmen sind ältere Frankfurter Häuser.

### Das Sturmwetter in England abgeflaut.

London, 1. Jan. Dienstag abend ist das über England befindliche Sturmwetter abgeflaut. Es setzte jedoch Regen ein, der befürchtet läßt, daß die Ueberschwemmungen sich auf das Themetal ausdehnen werden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul. Druck und Verlag der W. Rieferschen Buchdruckerei, Altensteig.

### Geschäftliche Mitteilungen.

Gatterbau und Kunstdünger. Das Heu von einer dauernd gut gedüngten Wiese, das Stroh von einem gut gepflegten und gedüngten (untraufreiem) Felde wird stets entschieden besser füttern als Futter von einer vernachlässigten Wiese oder einem nicht gedüngten Felde. Die ausreichende Versorgung aller Futterpflanzen mit Kunstdünger ist das wirksamste Mittel, die Futtermittel im Stalle und auf der Weide in Zukunft besser und billiger zu gestalten und am Kraftfutter zu sparen. Alle Futterpflanzen gebrauchen neben Kalzium und Phosphorsäure viel Kalzium.

# Bedeutende Preisermässigung

auf alle Wintermäntel  
Strickjacken, Sportwesten, Jumpers

**Reinhold Hayer, Altensteig.**

Ein tüchtiger

**Pferde-  
Knecht**

kann sofort eintreten bei

Johs. Waibelich,  
Sgelsberg.

## Günstige Veranlassungen.

### Gewerbelegitimationskarten und Wandergewerbebeschein.

Wer im Jahr 1925 mit Gewerbeleg.-Karten reisen oder das Wandergewerbe betreiben will, hat beim Schultheißenamt seines Wohnorts die Ausstellung der Ausweispapiere zu beantragen.

Handlungseisende benötigen ein Zeugnis der Gemeindebehörde und ein Lichtbild aus neuester Zeit.

Wandergewerbetreibende haben vorzulegen: 1. ein Zeugnis der Gemeindebehörde über ihre persönlichen Verhältnisse; 2. eine Bescheinigung über die Anmeldung ihres Hausiergewerbes zur Gewerbesteuer; 3. ein Strassensteuerbest vom Finanzamt Altensteig; 4. ein Lichtbild aus neuester Zeit.

Die Gesuchsteller wollen sich mit ihren Belegen persönlich vor dem Oberamti zwecks Abgabe ihrer Unterschrift einfinden.

Altensteig, den 31. Dezember 1924. Oberamt:  
Baitinger.

### Erwerbslosenfürsorge.

Auf Grund des Art. 1 Abs. 2 der fünften Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 14. November 1924 (RGBl. 1 S. 741) in Verbindung mit Ziffer 1 der Min.-Verf. vom 28. November 1924 (Staatsanzeiger Nr. 278) wird nach Anhörung des Verwaltungsausschusses des Bezirksarbeitsamts und des Bezirksrats bestimmt:

Frei von den Erwerbslosenebeiträge ist eine Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft oder in der Fischerei, wenn der Beschäftigte zwar während eines Teiles des Jahres als Arbeitnehmer tätig, außerdem aber Eigentümer oder Pächter land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes von mehr als 2 Hektar ist.

Altensteig, den 31. Dezember 1924. Oberamt:  
Baitinger.

### Ebhäusen.



## Nadelholz- Stammholz- Verkauf.

Aus Gemeindegeld Egardthalde kommen im schriftlichen Aufsteich zum Verkauf:

74 Fi und 89 Fo mit Fm:

Langholz: 21., 32 II., 71 III., 19 IV., 5 V., 0,30 VI. Kl.

Sägholz: 0,60 L., 11 II., 9 III. Kl. zus. 150 Fm.

Bedingungslose Angebote in Prozenten der staatlichen Forstpreislifte für 1925 ausgedrückt und mit der Aufschrift „Gebot auf Nadelholzstammholz“ versehen sind bis **Mittwoch, den 7. Januar 1925, vorm. 11 Uhr** beim Schultheißenamt einzureichen. Eröffnung der Gebote um dieselbe Zeit auf dem Rathaus.

Zahlungsfrist 1 Monat, zinslos 3 Wochen.

Losverzeichnisse durch das Schultheißenamt.

Den 31. Dezember 1924.

Schultheißenamt: M u. J.

## Bettbarchente

in vielen Farben und erprobten Qualitäten

## Bettfedern

in großer Auswahl.

Einzelne Bettstücke und ganze Betten können in kurzer Zeit fertiggestellt werden.

**Damast : Bettzeug : Bettzigh**

**Leintuchstoffe : Kissenbezugstoffe**

in überaus großer Auswahl.

**Paul Ränchle, Calw  
am Markt.**

Sch habe einen großen Posten fehlerfreier

# Reste

sehr günstig hereinbekommen. Es sind Abschnitte in der Länge bis zu 10 m und darüber: Bett-damast, Damast-Tischzeug, weiße Waren für Leib- und Bettwäsche, Vorhangstoffe, Rouleaustoffe, Futterstoffe.

Die Preise sind überaus günstig, zum Teil nur die Hälfte als für Stüdware.

**Hans Schmidt, Altensteig.**

Ihre Vermählung zeigen an

**Peter Stoll  
Friederike Stoll**  
geb. Seeger

Röt Grömbach

Neujahr 1925

### Simmersfeld.

Zu der am Sonntag, den 4.

ds. Mts. nochmals stattfindenden



## Weihnachtsfeier

ladet der Turnverein Simmersfeld Freunde und Gönner der Turnsache von nah und fern herzlich ein.

### Neuweiler.

Am Sonntag, den 4. Januar hält  
der Radfahrer-Verein „Einigkeit“

feine



## Weihnachts- feier

mit Theateraufführungen und Gabenverlosung im  
Lamm-Saal ab.

Beginn 6.30 Uhr.

Der Ausschuss.



**Städt. Sparkasse Altensteig**

### Altensteig-Dorf.

Eine ca. 32 Wochen  
trächtige



**Ralbin**

hat zu verkaufen

Friedrich Seeger.

Eine ältere

**Ruh**

8 Liter Milch gebend,

sowie ein Paar

**Läufer-  
schweine**



etwa 2 Str. schwer, verkauft

Feuerbacher,  
Martinsmoos.

### Brieftasche gefunden.

Abzuholen bei Rudolf Friik  
Altensteig, Mühlstraße.

## Losungs- büchlein

für das Jahr 1925

empfiehlt die

**W. Niekerische Buchhandlg.**

Gestorbene.

Stammheim: Karl Friedrich  
Daug, Hauptlehrer a. D.  
78 J.

Wid: Pauline Schaber,  
Tochter des Schultheißen  
Schaber 16 J., † im  
Bezirkskrankenhaus Freu-  
denstadt.

## Inserate

für die morgige Samstagnummer  
bitten wir mögl. frühzeitig, größere  
schon heute, aufzugeben.

## Wollene Strümpfe

in schwarz und braun für Kinder und Erwachsene

**baumwollene Mako-**

**und Seidenfaserstrümpfe**

in schwarz und farbig

**Herrensocken, Sport-  
strümpfe.**

**Paul Ränchle, am Markt, Calw.**